

An die

Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bettina Stark-Watzinger

Zur Kenntnis

- An den Bundesvorsitzenden der FDP, Herrn Bundesfinanzminister Christian Lindner
- An das Bundeskanzleramt
- An die Landesvorsitzenden der FDP Bayern, Frau Katja Hessel, Staatssekretärin im Finanzministerium und Herrn Martin Hagen

Kipfenberg, 30.06.2024

Stellungnahme der „Liberalen Mitte Bayern“ zur Causa Prof. Dr. Sabine Döring/Staatssekretärin

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Stark-Watzinger,

wir, die Liberale Mitte Bayern (LMB), die sich zusammengeschlossen hat, um die Grundwerte der FDP in der FDP Bayern hochzuhalten, sind über die Vorgänge im Umfeld von der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand von Frau Prof. Dr. Döring als Staatssekretärin entsetzt.

Infolge des bewaffneten Konfliktes zwischen dem Staat Israel und der Hamas, beginnend mit dem terroristischen Überfall auf die israelische Zivilbevölkerung durch die Hamas, tritt auch in Deutschland der ideologische Antisemitismus im Gewand des pro-palästinensischen Aktivismus aus dem Schatten heraus. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem jüdische Studenten sich an den Universitäten in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Von offizieller Stelle wird sogar geraten, sich nicht als Jude öffentlich zu erkennen zu geben.

In einem offenen Brief verschweigen sie den Hamas-Terror und verharmlosen Straftaten wie Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dieses Verhalten wirft Fragen nach dem geistigen Klima an den Universitäten in Berlin auf.

Für uns als LMB ist Transparenz und Verantwortung in der Politik entscheidend für Vertrauen von Bürgern in die Politik. Daher fordern wir:

- 1) Eine umfassende Aufklärung der Vorgänge im Bildungsministerium im Vorfeld der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand von Frau Prof. Dr. Döring, insbesondere wer in welchem Zusammenhang im Bildungsministerium welche Prüfaufträge erteilt hat.
- 2) Wir fordern eine öffentliche Stellungnahme darüber, welche Maßnahmen ergriffen werden, damit sich Juden an deutschen Hochschulen wieder sicher fühlen können. Im Sinne einer freiheitlichen Gesellschaft ist auch die Freiheit der Lehre zu sichern, und zwar auch und gerade für jüdische Mitbürger hier in Deutschland. Universitäten dürfen zu keiner Zeit als Bühne für Extremisten genutzt werden.
- 3) Wir fordern öffentliche Auskunft darüber, ob Sie sich persönlich in Gesprächen mit den verantwortlichen Trägern bei den Universitäten und den Unterzeichnern des Briefes für ein Aufarbeiten der Vorgänge bis hin zu einer Sanktionierung von Rechtsbrüchen durch die jeweilig zuständige Instanz eingesetzt haben. Besonders wollen wir verstehen, wieso die Dozenten keine Trennung zwischen nötigen unmittelbaren Zwang und angeblicher Polizeigewalt machen.
- 4) Die Forderung der Dozenten, nach Straffreiheit für Sachbeschädigung und eindeutigem Antisemitismus können wir nicht nachvollziehen., Wir verlangen daher mit Nachdruck eine strafrechtliche Aufarbeitung der Vorfälle an der FU Berlin zur Besetzung am 7. Mai 2024
- 5) Eine Klarstellung darüber, was für Sie „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“ im Detail bedeutet
- 6) Wir fordern eine öffentliche Information darüber, welcher Schaden verursacht wurde, welche Kosten und welcher Aufwand für den Einsatz von Sicherheitskräften entstanden ist und wer für diese Kosten aufkommen wird.

Wir erinnern daran, dass der spätere Bundesverfassungsgerichtspräsident und Bundespräsident Roman Herzog als baden-württembergischer Innenminister die "Demonstrationsgebühr" eingeführt hat, die Teilnehmer an nicht genehmigten Demonstrationen zur Bezahlung des Polizeieinsatzes verpflichten. Deren Verfassungsmäßigkeit dürfte angesichts der Reputation Herzogs kaum in Zweifel gezogen werden können.

Helfen Sie, durch klare Positionierung und Handeln, gegenüber allen Parteimitgliedern, der gesamten Öffentlichkeit und der jüdischen Gemeinde in Deutschland wieder Vertrauen aufzubauen und die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung durch Transparenz und Aufklärung wiederherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Liberale Mitte Bayern

Franz Josef Pschierer
Judith Haberkorn
Stefan Roßmann
Clemens Sirtl
Thomas Kestler
Nadja Parthier
Hans Helmut Rösler

Tim Sachs
Peter Posch
Nico Paschkowski
Dr. Detlev Werner
Leif Erik Persson
Werner Jannek

Roy Eissing
Ulrich Götde
Susanne Specht
Nicolai Makosch
Johannes Loesch
Albert Duin

Jörg Jüttemann
Christian Schunck
Rainer Bleckmann
Beate Weltin
Peter Senf

Nicolai Makosch
Vorsitzender Deutsch-Israelische Gesellschaft Nürnberg-Mittelfranken